

11/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Helmut Kohl: Kurs der CDU wird sich nicht ändern

Wir bleiben die Partei der Mitte

Ein sichtlich guterholter Helmut Kohl stellte sich am Montagmittag (11. April 1988) im Foyer des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses einer dicht gedrängten Journalistenschar. Das während der Ostertage in Bonn aufgekommene Gerede um einen möglichen Ausstieg der Freien Demokraten aus der Koalition (nach 1990) bezeichnete der Bundeskanzler schlicht aber treffend als „Quatsch“. Helmut Kohl wörtlich: „Es gibt keine Alternative zu dieser Regierung, deshalb bin ich guter Dinge.“ Und weiter: „Diese Diskussion war in besonderer Weise für die FDP schädlich und dementsprechend verstehe ich auch den Wunsch ihrer Parteiführung, diese Diskussion so schnell wie möglich zu beenden.“

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigte sich der Kanzler mit den Vorbereitungen für den Leitantrag des Bundesvorstandes zum Wiesbadener Parteitag. Aufgrund der Kommissionsberichte (über 100 000 Exemplare wurden über den UiD in die Parteigliederungen versandt) sind weit über 600 Anträge aus allen Bereichen der Partei im Konrad-Adenauer-Haus eingegangen. Ein gewaltiges Arbeitspensum für das Parteipräsidium. Helmut Kohl bezeichnete die Reaktionen aus der Partei als „ausgesprochen positiv“. Das Ziel der Parteiführung, die Sachdiskussion zu beleben, sei voll erreicht worden. Bis hin zur Ebene der Orts- und Kreisverbände. Dazu führte der Kanzler u. a. aus:

(Weiter auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

● Koalition

Die großen Probleme sind nur durch diese Koalition zu lösen.
Seite 4

● Städtebau

Der Bund stellt in diesem Jahr weitere 660 Millionen zur Verfügung. Seite 7

● Kommunen

Schwarzmalerei widerlegt. Gemeinden können investieren.
Seite 9

● Wirtschaft

Wachstum von zwei Prozent möglich. Seite 10

● Steuerreform

Familien werden besonders entlastet. Seite 11

● Partei

Berichte aus den Bundesfachausschüssen. Seite 16/17

● Öffentlichkeitsarbeit

Vorstellung des neuen CDU-extra. Seite 19

● Dokumentation

Entwicklungspolitische Leistungsbilanz der Bundesregierung. Grüner Teil

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Ich will noch einmal erwähnen: Wir schreiben kein neues Parteiprogramm. Das Ludwigshafener Programm ist nach wie vor gültig, aber wir haben eine ganze Reihe von Entwicklungen, z. B. in der Abrüstungspolitik und in der Deutschlandpolitik, bei denen wir über unsere Partei hinaus unseren Freunden und Anhängern Anregungen, Ratschläge und auch Hinweise geben wollen, wie sich die Vision unserer Politik für morgen entwickelt.

Ich habe im Präsidium auch kurz darauf hingewiesen, daß ich die zum Teil ungewöhnlich törichten und schädlichen Bemerkungen und Hinweise aus den letzten Wochen während der Osterpause aufs äußerste mißbillige. Mit Zustimmung des Präsidiums mißbillige ich auch ausdrücklich den ungewöhnlich törichten und menschlich nicht akzeptablen Artikel, der in der Sozialen Ordnung erschienen ist. Das ist eine Umgangsform, die ich nicht akzeptiere. Wir werden im Parteivorstand, wenn die Kollegen aus der Führung der Sozialausschüsse dabei sind, noch einmal darüber sprechen.

Sachfragen vorrangig

Wir waren uns im Parteipräsidium einig, daß wir uns jetzt mit ganzer Kraft darauf konzentrieren, die wichtigsten Sachfragen, die wir uns vorgenommen haben, zügig voranzutreiben: Das sind die parlamentarische Behandlung der Steuerreform, die Einbringung der Gesundheitsreform, die Reform der Post, die Frage der Rentenreform und auch das für uns im Blick auf den Parteitag sehr wichtige Beratungsgesetz zum Paragraphen 218. Wir werden in der Koalition noch einmal die Zeitpläne überprüfen. Unser Zeitproblem in dieser Legislaturperiode besteht darin, daß wir 1990 wenig Chancen

haben, wichtige Themen im parlamentarischen Alltag in Ruhe und Seriosität durchzusetzen und zu diskutieren. Wir haben 1990 neben der Bundestagswahl, Landtagswahlen in Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und an der Saar. Dazu kommen noch drei Kommunalwahlen, das heißt, wir haben 1990 acht Wahlen. Ich brauche nicht zu sagen, was das für politische Folgen hat, auch für das Klima und für die Emotionalisierung, die in diesem Jahr stattfindet.

Diskussionen sind notwendig

Noch einige Bemerkungen zu den Kommissionspapieren: Wir haben die Kommission eingesetzt mit der Zielsetzung, Diskussionspapiere zu erstellen. Diese Papiere sind weder Papiere des Parteivorstandes noch des Parteipräsidiums, noch des Generalsekretärs noch des Parteivorstehenden. In diesen Diskussionspapieren sind eine Reihe von Formulierungen enthalten, die mit Sicherheit im endgültigen Leitantrag nicht enthalten sein werden. Da ist manches hineingedeutet worden, und zwar sehr zu Unrecht — ich will hier ausdrücklich den Kollegen Geißler verteidigen. Der Leitantrag wird im Parteivorstand in eine Form gegossen, die mehrheitsfähig sein wird, und das sage ich jetzt schon voraus, mit einer riesigen Mehrheit akzeptiert werden wird. Es ist keine Spur zu sehen, daß dabei der Kurs der Partei sich verändert. Ich sage das ganz konkret in bezug auf die Deutschlandpolitik. Für uns war die Präambel des Grundgesetzes immer ein entscheidender Teil unserer Verfassung. Ich selbst habe das mehr als jeder andere öffentlich immer wieder betont. Nur eine Diskussion in der Partei, beispielsweise im Bereich der Familienpolitik, muß ja auch neben dem, was tagespolitisch realistisch ist, langfristige, visionäre Ziele haben. Ziele, von denen man weiß, daß

Leitanträge zum Bundesparteitag

Nach der sehr intensiven Diskussion der Kommissionsentwürfe, an der sich viele Gliederungen der Partei, aber auch viele Experten außerhalb der Partei beteiligt haben, wird nun der Bundesvorstand in einer Klausurtagung am 17. und 18. April 1988 auf der Grundlage der eingegangenen Stellungnahmen die Leitanträge für den Bundesparteitag vom 13. bis 15. Juni 1988 in Wiesbaden verabschieden.

Wir werden die Leitanträge im nächsten UiD als Dokumentationen veröffentlichen. Viele Kreis- und Stadt- bzw. Gemeindeverbände wollen die Zeit bis zum Bundesparteitag für weitere programmatische Diskussionen nutzen und benötigen eine größere Anzahl der Leitanträge. Überdrucke können Sie deshalb schon jetzt beim IS-Versandzentrum bestellen, die Auslieferung erfolgt dann schnellstens ab dem 25. April 1988. Antragsschluß für den Bundesparteitag ist übrigens der 15. Mai 1988.

Leitantrag: Unsere Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes

Bestell-Nr.: 5072

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 17,50 DM

Leitantrag: Unsere Verantwortung in der Welt (christlich-demokratische Perspektiven zur Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik)

Bestell-Nr.: 5073

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 17,50 DM

Bestellungen über

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Die Preise verstehen sich inkl. Versandkosten zuzüglich Mehrwertsteuer.

man sie jetzt und heute noch nicht erreichen kann.

Soziale Marktwirtschaft setzt solide Finanzpolitik voraus. Wir können das Geld nur einmal ausgeben, das wir verdient haben. Wir machen keine sozialpolitischen Versprechungen, die nicht zu halten sind. Aber in einem Land, das sich in einem dramatischen demographischen Umbruch befindet, wie z. Zt. die Bundesrepublik Deutschland, muß man doch darüber nachdenken, was langfristig notwendig ist, um die Probleme zu lösen. Und deswegen werden wir auch in diesem Leitantrag eine Reihe von auch ganz

konkreten Punkten in der Sozialpolitik haben, von denen wir sagen, sie sind finanzierbar, also werden sie gemacht. Und wir werden andere Vorstellungen haben, die über zwei, drei Legislaturperioden hinausgehen. Aber die Menschen im Land müssen wissen, in welche Richtung wir marschieren, denn die Familienpolitik ist nun einmal ein Signum dieser Partei.

Eins gilt wie eh und je: Die CDU ist und bleibt die Partei der politischen Mitte. Wir sind weder eine Links- noch eine Rechtspartei. Das wird der Wiesbadener Parteitag deutlich machen.

Rudolf Seiters

Die großen Probleme sind nur durch diese Koalition zu lösen

Zunächst ein Wort zu der Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und FDP und zu dem Koalitionsgerede der letzten Tage, gerade aus der Sicht der Fraktion. Erstens teile ich die Einschätzung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnick, daß der Bedarf einer Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und FDP über diese Legislaturperiode hinausgeht. Zweitens halte ich diese Koalition auf viele Jahre hinaus nicht nur für sinnvoll, sondern geradezu für zwingend geboten, weil die großen strukturellen gesellschaftlichen Probleme nach meiner Einschätzung nur von dieser Koalition gelöst werden können.

Die Arbeitsbilanz dieser Bundesregierung und dieser Koalition hat keinen Grund, irgendeinen Vergleich zu scheuen mit der Regierungsbilanz irgendeines anderen europäischen Landes und erst recht nicht mit den Rezepten der Opposition. Jeder in der Koalition muß aber wissen, daß 1988 das entscheidende Gesetzgebungsjahr dieser Legislaturperiode sein wird, von dem der Erfolg dieser Koalition weitgehend abhängt. Wir sind bisher im parlamentarischen Zeitplan, wir müssen aber gerade in diesen Wochen wichtige Entscheidungen treffen, um die Gesetze, die wir uns in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen haben, teilweise noch vor der Sommerpause zu verabschieden — und das sind insgesamt sechseinhalb — und teilweise im Herbst. Jeder in der Koalition sollte auch wissen, daß eine Koalitionsvereinbarung kein Parteiprogramm darstellt, und daß an bestimmten

Gesetzen und politischen Entscheidungen die Union ein stärkeres Interesse hat als die FDP und bei anderen dies genau umgekehrt der Fall ist. Deswegen plädiere ich für Disziplin bei der Umsetzung der Koalitionsbeschlüsse und Rücksichtnahme auf die jeweilige Interessenlage der einzelnen Partner.

Zum weiteren Fahrplan ist folgendes festzustellen:

Steuerreformgesetz 1990:

Der Bundestag wird die erste Lesung dieses Gesetzes am 21. April 1988 in einer mehrstündigen Debatte vornehmen. Es ist Ziel der Koalition, dieses Gesetz noch vor der Sommerpause zu verabschieden. Breiteste Schichten der Bevölkerung werden durch die dreistufige Steuerreform 1986, 1988 und 1990 deutlich entlastet. Die Steuerreform ist gesamtwirtschaftlich, insbesondere auch konjunkturpolitisch, zwingend geboten.

Reform der gesetzlichen Krankenversicherung:

Wir erwarten den Kabinettsbeschluß im Mai. Danach Einbringung in Bundestag und Bundesrat, dann Ausschußberatung mit Sachverständigenanhörung, Schlußberatung im Herbst 1988 in zweiter und dritter Lesung. Kostenbegrenzung, Beitragsstabilisierung und Beitragssenkung, Einbeziehung der Schwerpflegebedürftigen in die soziale Sicherung sind die wichtigsten Ziele dieses Gesetzgebungswerkes.

Weitere wichtige Vorhaben, die in diesem Jahr verabschiedet werden sollen:

- Agrargesetze (Flächenstilllegung, Landabgaberechte). Die Gesetzgebung soll noch vor der Sommerpause abgeschlossen sein.
 - Artikelgesetz Innere Sicherheit und datenschutzrechtliche Begleitgesetze
 - Ausländerintegrationsgesetz und Aufenthaltsgesetz
 - Beratungsgesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens
 - Dienstleistungsabend und Novellierung des Kartellrechts zum Schutz von Handel und Mittelstand gegen Wettbewerbsverzerrungen
 - Novelle Betriebsverfassungsgesetz und Bundespersonalvertretungsgesetz mit dem Ziel, die Minderheitenrechte in den Betrieben und den Verwaltungen zu verstärken. Gleichzeitig gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte. Gleichzeitig Beteiligung des Betriebsrats bei Einführung und Anwendung neuer Techniken durch rechtzeitige Information und Beratung. Gleichzeitig Umwandlung der Jugendvertretungen in Auszubildendenvertretungen. Gleichzeitig Absicherung der Montanmitbestimmung.
 - Postreform
 - Arbeitsmarktpolitik (u.a. Umsetzung der von der Kommission Arbeitsmarkt derzeit erarbeiteten Vorschläge)
- Im Mai/Juni ist eine finanzpolitische Zwischenbilanz erforderlich (Nachtragshaushalt 1988, Haushaltsentwurf 1989 mit dem erklärten Ziel der Koalition, die in diesem Jahre aufgrund des Dollar-Verfalls und der zusätzlichen EG-Verpflichtungen angestiegene Neuverschuldung wieder drastisch zurückzuführen).
- Mittelfristig steht die Strukturreform der gesetzlichen Rentenversicherung an. Mit ersten Koalitionsberatungen ist noch vor der Sommerpause 1988 zu rechnen, mit der Kabinettsentscheidung Ende 1988,

anschließend kommt es zum Beginn der parlamentarischen Beratungen.

Mitte der 90er Jahre wird der Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung die Rentenfinanzen belasten. Eine vorausschauende Politik muß dieses Problem rechtzeitig und in absehbarer Zukunft regeln. Die Grundsätze des Drei-Generationen-Vertrages bleiben dabei Fundament und Garantie einer sicheren Rente. Die Rente bleibt auch weiterhin Alterslohn für die Lebensleistung. Die Höhe der Beiträge bleibt Maßstab für die Höhe der späteren Rente. Die Renten bleiben an die Einkommensentwicklung gekoppelt. Die kommenden Belastungen werden nicht allein von den Beitragszahlern getragen werden können.

Außerdem erforderlich:

- Konsequente Fortsetzung der erfolgreichen Regierungsarbeit im Bereich der Deutschlandpolitik sowie der Sicherheits- und Abrüstungspolitik.
 - Notwendige Fortschritte bei der Lösung europäischer Probleme im Rahmen der deutschen EG-Präsidentschaft.
 - Fortsetzung einer aktiven Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen der deutschen Wirtschaft weiter zu verbessern, die Wachstumskräfte zu fördern, die Flexibilität am Arbeitsmarkt zu erhöhen, die Qualifikation der Arbeitslosen zu steigern und die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern.
- Dies alles zeigt, daß der Bedarf einer Zusammenarbeit CDU/CSU und FDP auch über diese Legislaturperiode hinausgeht. Diese Probleme können nicht gelöst werden von einer SPD,
- die verantwortlich ist für schwerwiegende strukturelle Verwerfungen,
 - die in ihrer Regierungszeit nichts unternommen hat gegen die immer brisanter werdenden Agrarüberschüsse in der Europäischen Gemeinschaft,

— die nichts unternommen hat gegen die Kosten- und Beitragsexplosion im Gesundheitswesen,

— die nichts unternommen hat gegen eine leistungsfeindliche Besteuerung weitester Schichten des Mittelstandes und der Arbeitnehmer,

— und die auch nichts unternommen hat zur Lösung der immer drängender werdenden Frage der Entsorgung von Müll und Sondermüll in einer hochtechnisierten Gesellschaft.

Im übrigen weicht die SPD auch heute in der Opposition all diesen Fragen aus und verweigert Antworten überall dort, wo sie möglicherweise unpopulär sein könnten. Deswegen stelle ich mit Blick auf die Probleme unseres Landes und mit Blick auf die Sach- und Entscheidungskompetenz der SPD fest: Die Sozialdemokraten sind auf viele Jahre in ihrem jetzigen Zustand sowohl koalitions- als auch regierungsunfähig. Der Eiertanz der SPD-Führung unter Vogel ist bei den Vorschlägen von Lafontaine ein typisches Beispiel, wie man Sachfragen nicht ausdiskutiert, Meinungsverschiedenheiten verkleistert und mit Entschuldigungen zudeckt. ■

Kein Kabinettsrevirement

Mit dem Wechsel von Bundesverteidigungsminister **Manfred Wörner** (CDU) als NATO-Generalsekretär nach Brüssel will Bundeskanzler Helmut Kohl kein größeres Kabinettsrevirement verbinden. Der Kanzler sagte vor Journalisten in Bonn, er wolle nur den Chefposten auf der Hardthöhe neu besetzen. Wörner wird nach Kohls Angaben am 19. Mai aus dem Amt scheidet.

Kohl betonte, daß er ein Kabinettsrevirement erst für die Halbzeit der Legislaturperiode angekündigt habe. Dieser Zeitpunkt sei noch nicht gekommen. Auf die Frage, was gegen eine größere Kabinetts-

Zitat

„Wer meint, er müsse weiterhin Theater machen, sollte ein Engagement an den Städtischen Bühnen von Bonn antreten. Im Regierungsviertel steht ernsthafte und hoffentlich erfolgreiche Arbeit auf dem Programm“.

(Heiner Geißler
in Bild am Sonntag vom 10. 4. 1988)

umbildung schon zum jetzigen Zeitpunkt spreche, erwiderte der Kanzler: „Mein Wille“.

20 Jahre BACDJ

Im Mai 1988 besteht der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) 20 Jahre. Aus diesem Anlaß findet am Freitag, 6. Mai 1988, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus eine Rechtspolitische Tagung statt, in deren Mittelpunkt ein Festvortrag des Parteivorsitzenden Helmut Kohl steht. Sein Thema lautet: Recht sichert die Freiheit.

Gründung der Senioren-Union

Am 20. April 1988 findet im Bonner Konrad-Adenauer-Haus die bundesweite Gründungsversammlung der Senioren-Union statt. Eröffnet wird die Veranstaltung durch den Seniorenbeauftragten Gerhard Braun, danach hält Generalsekretär Heiner Geißler ein Grundsatzreferat. Nachdem die Delegierten die Satzung beschlossen haben, finden Vorstandswahlen statt. Auch der Parteivorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl hat sein Erscheinen zugesagt und wird eine Rede halten. Mit dem Schlußwort des neugewählten Bundesvorsitzenden wird diese bedeutsame Tagung beendet werden.

Bund stellt in diesem Jahr 660 Millionen DM zur Verfügung

Nach der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung durch die Bundesländer hat Bundesbauminister Oscar Schneider am 29. März 1988 das Programm der Städtebauförderung für die Jahre 1988 bis 1990 in Bonn vorgestellt. Im gemeinsamen Bund-Länder-Programm könnten mit den Mitteln, die 1988 zur Verfügung stünden, so Oscar Schneider, insgesamt 1.154 Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in 899 Gemeinden gefördert werden. Der Minister äußerte sich befriedigt darüber, daß 107 Maßnahmen neu in das Programm aufgenommen werden konnten. 694 Maßnahmen seien inzwischen ausfinanziert worden. Insgesamt seien damit seit 1971 1.848 Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen mit Bundesmitteln unterstützt worden.

Mit dem Beschluß der Bundesregierung vom 1. Juli 1987 und nach Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung, so der Minister weiter, würden nun für die Jahre 1988 bis 1990 Bundesmittel in Höhe von jährlich 660 Mio. DM zur Verfügung stehen. Dies sei eine Verdoppelung gegenüber der Ausgangsgröße von 1985 und eine Verdreifachung gegenüber 1982. Zusammen mit den Landes- und Gemeindemitteln stünden jährlich rund zwei Mrd. DM, also sechs Mrd. DM für die gesamte Laufzeit der Vereinbarung, zur Verfügung. Die Fortführung der Städtebauförderung auf hohem Niveau sei damit, so der Minister, gesichert. Gemeinden und Bauwirtschaft erhielten die gewünschte Kontinuität in diesem bauwirtschaftlich und beschäftigungspolitisch so wichtigen Investitionsbereich.

Oscar Schneider erinnerte daran, daß im Jahr 1984 die Ministerpräsidenten aller Länder den Abbau der Mischfinanzierung im Bereich des Städtebaus verlangt hätten. Dem habe die Bundesregierung grundsätzlich zugestimmt, jedoch die Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderungsprogramme 1986 und 1987 im Rahmen ihrer bauwirtschaftlichen Beschlüsse vorübergehend auf je eine Mrd. DM erhöht. Diese Programmsteigerung sei ein außerordentlicher Erfolg gewesen. Es habe sich jedoch gezeigt, daß die Nachfrage wesentlich größer sei als vermutet. Deshalb hätten sich Bund und Länder darauf verständigt, die Städtebauförderung auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung nach Artikel 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes fortzuführen. Der Abschluß dieser Verwaltungsvereinbarung sei notwendig geworden, da das am 1. Juli 1987 in Kraft getretene neue Baugesetzbuch im Hinblick auf die Beschlüsse über den Abbau der Mischfinanzierung im Städtebau keine gesetzlichen Regelungen mehr über die Mitfinanzierung des Bundes enthalte. Die Verwaltungsvereinbarung sei am 18. März 1988 rechtskräftig geworden.

Eine erste Auswertung der Länderprogramme zeige, so der Minister weiter, daß die Schwerpunkte des Programms 1988 in Erneuerungsmaßnahmen von Stadt- bzw. Ortszentren und Wohngebieten lägen. Neue Akzente kämen hinzu: Maßnahmen im gewerblichen Bereich, wie Brachflächensanierung und die Entgiftung kontaminierter Böden. Große Bedeutung hätten Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, vor allem auch zur Verkehrsberuhigung. Allgemein sei fest-

zustellen, daß vor allem bauinvestive Maßnahmen bzw. kurzfristig realisierbare Vorhaben im Programm gefördert würden.

Der Minister hob ferner den hohen Anteil des ländlichen Raumes am Bundesprogramm hervor. Mit 618 Maßnahmen, davon 66, die neu ins Programm aufgenommen worden seien, entfielen 54 Prozent aller städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen auf den ländlichen Raum. Die Bundesregierung lege großen Wert darauf, daß ein erheblicher Teil der Mittel für die städtebauliche Dorferneuerung eingesetzt werde. Der ländliche Raum sei nicht nur für die dort lebenden Menschen, sondern auch für die Stadtbewohner von existentieller Bedeutung. Man müsse den Bewohnern des ländlichen Raumes Lebensbedingungen bieten, die mit denen der Städte gleichwertig seien. Neben der Sicherung vorhandener Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sei deshalb die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze von besonderer Bedeutung. Insbesondere müsse dem Wandel zahlreicher Agrardörfer zu Mischdörfern oder ländlichen Wohn- und Gewerbestandorten mit zum Teil neuen Standortanforderungen Rechnung getragen werden. Die städtebauliche Dorferneuerung sei ein wichtiges Instrument zur Sicherung von Entwicklungschancen kleinerer Gemeinden.

Der Minister wies abschließend darauf hin, daß die Bundesregierung die bis 1990 verbleibende Zeit zu Verhandlungen mit den Bundesländern über die Frage der Weiterführung des Städtebauförderungsprogramms nutzen werde. Die Anmeldungen der Gemeinden auf Aufnahme in das Programm überstiegen die bisher gebotenen finanziellen Möglichkeiten um ein Mehrfaches. Dies zeige, daß die Nachfrage nach wie vor außerordentlich groß sei und Maßnahmen der

städtebaulichen Erneuerung zu den Schwerpunkten kommunaler Aufgaben gehörten. Der Bund werde die Städte und Gemeinden bei der Bewältigung des strukturellen und ökologischen Anpassungsprozesses der kommenden Jahre nicht allein lassen und sie auch in Zukunft finanziell unterstützen.

Verteilung der Finanzhilfen des Bundes

Die Finanzhilfen des Bundes werden auf die Länder wie folgt verteilt:

Land	i. v. H.	TDM
Baden-Württemberg	14,33	94 578
Bayern	17,04	112 464
Berlin	4,47	29 502
Bremen	1,46	9 636
Hamburg	2,84	18 744
Hessen	9,03	59 598
Niedersachsen	11,58	76 428
Nordrhein-Westfalen	26,26	173 316
Rheinland-Pfalz	6,36	41 976
Saarland	1,75	11 550
Schleswig-Holstein	4,88	32 208
insgesamt:	100,00	660 000

Gratulation für einen Gründer

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler haben Bruno Dörpinghaus gratuliert, der am vergangenen Mittwoch 85 Jahre alt wurde. Dörpinghaus war Gründer der CDU in Hessen, deren erster Landesgeschäftsführer, Leiter des CDU-Zwischenzonen-Verbindungsausschusses und Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Union Deutschlands. Dörpinghaus war übrigens der Gründer und verantwortliche Herausgeber des UID bis 1951.

Schwarzmalerei widerlegt: Gemeinden können investieren

Zur aktuellen Finanzsituation der Gemeinden und zu den kommunalen Investitionen erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Horst Waffenschmidt: Die jetzt vorliegenden Finanzzahlen der Kommunen für das Jahr 1987 zeigen entscheidende positive Elemente für die Finanzlage der Gemeinden, die auch 1988 bestimmend sein werden.

Besonders erfreulich ist der erneute Anstieg der kommunalen Bauinvestitionen auf über 27 Milliarden DM.

Alle Kommunen, die aufgrund ihrer soliden Finanzsituation dazu in der Lage sind, sind jetzt aufgerufen, die positive Entwicklung bei den Bauinvestitionen 1988 weiter zu verstärken. Sie können damit das wirtschaftliche Wachstum entscheidend stärken und Arbeitsplätze sichern.

Für die Gemeinden im Bundesgebiet (ohne Stadtstaaten) sind folgende Entwicklungen von 1987 besonders bedeutsam:

a) Die Steuereinnahmen sind über 1 Mrd. DM angestiegen auf 59,8 Mrd. DM. Trotz erster Rate der Steuerreform wuchs der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer um 6,2 Prozent von 25,45 Mrd. DM auf 27,04 Mrd. DM.

b) Die Zahlungen von Bund und Ländern an die Kommunen steigen um rd. 2 Mrd. auf 35,4 Mrd. DM.

c) Die Ausgaben für soziale Leistungen stiegen nicht mehr so stark an wie in den Vorjahren und die Ausgaben für Zinsen gingen weiter zurück.

d) In den Verwaltungshaushalten der Kommunen wurde ein Überschuß von 16,9 Mrd. DM erwirtschaftet.

Auch 1988 und in den Folgejahren sind solide Voraussetzungen für stetige kommunale Investitionen gegeben:

a) Gewerbesteuergarantie des Bundeskanzlers. Die Gewerbesteuer bleibt den Kommunen solange als wichtige Einnahmequelle erhalten, solange keine gleichwertige Ersatzlösung gefunden ist, der die Beteiligten zustimmen können.

b) Nachhaltige Investitionshilfen des Bundes, z. B. 1988 bis 1990, 2 Mrd. DM für Stadt- und Dorferneuerung und 15 Mrd. DM günstige Investitionskredite.

c) Kein Sonderopfer der Kommunen bei der Steuerreform. Die Gemeinden sollen an den Einnahmeverbesserungen durch Abbau von Subventionen genauso anteilmäßig beteiligt werden wie sie die Steuerreform mittragen.

d) Ein Tarifvertrag im öffentlichen Dienst, der insbesondere mit seiner längeren Laufzeit den Kommunen verlässliche Rahmenbedingungen gibt.

Mit den vorliegenden Finanzzahlen sind nicht alle Sorgen der Kommunen behoben. Vordringlich ist eine Entlastung der kommunalen Sozialhaushalte von den ständig wachsenden Pflegekosten, die jetzt schon mit rd. 10 Mrd. DM jährlich bei den Gemeinden zu Buche schlagen. Hier müssen die Initiativen von Minister Blüm und von Ministerin Süßmuth im Rahmen der Reform der Gesundheitskosten für den Pflegebereich Wirklichkeit werden, sie helfen den Gemeinden entscheidend. Nach wie vor ist die Finanzsituation der rd. 8.500 Kommunen auch sehr unterschiedlich. Hier muß nach dem Willen des Grundgesetzes der jeweilige Landesgesetzgeber für einen Ausgleich sorgen.

Gutes Jahr für Verbraucher

Mit einem Einkommenszuwachs von 50 Milliarden DM bei stabilen Preisen und niedrigen Zinsen wird das Jahr 1988 nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) zu einem sehr guten Jahr für die Verbraucher.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden 1988 kräftig expandieren. Den privaten Haushalten stehen primär infolge der zweiten Stufe der Steuerreform etwa 50 Mrd. DM mehr zur Verfügung als 1987. Insgesamt gesehen wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 1988 damit um etwa 4 % ansteigen. Mit einem nominalen Zuwachs von rund 4 % wird der private Verbrauch damit weiterhin Konjunkturstütze bleiben.

Bei einer moderaten Preisentwicklung im Verlauf des Jahres werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1988 um etwa 1 % höher liegen als im Vorjahr. Den privaten Haushalten verbleibt damit ein Kaufkraftzuwachs von rund 3 %. In der gleichen Größenordnung dürfte auch die reale Zunahme des privaten Verbrauchs liegen.

Deutliche Einkommensverbesserungen wird die zweite Stufe der Steuerreform bringen, die die privaten Haushalte um rund 11 Mrd. DM entlasten wird.

Die mittelständischen Betriebe aus Handel und Handwerk haben bereits im zweiten Halbjahr 1987 von der kräftigen Zunahme der Verbrauchsausgaben profitiert und werden auch 1988 vom steigenden privaten Konsum weiter begünstigt. Zum Jahresende 1987 signalisierte der Konsumklimaindex einen auffälligen Rückgang der Sparmentalität. Die Stimmungslage der privaten Verbraucher ver-

besserte sich deutlich. Die persönliche Haushaltslage wurde nach wie vor positiv eingeschätzt; eine wichtige Voraussetzung für eine ungebrochene Bereitschaft zum Kauf von langlebigen Gebrauchsgütern.

Diese positive Konsumneigung zeigte sich auch in den Einzelhandelsergebnissen: Die seit Beginn des IV. Quartals zu registrierende deutliche Belebung der Geschäftstätigkeit hielt bis zum Jahreswechsel an. Das Weihnachtsgeschäft verlief besser als erwartet. Bei nahezu stabilen Preisen ergab sich ein reales Umsatzwachstum von 2 Prozent.

Die Ergebnisse der Konsumgütermessen vom Jahresbeginn 1988 dokumentieren die weiterhin positive Stimmungslage im Handel. Die Konsumbereitschaft der Verbraucher ist ungebrochen.

Über Erwarten günstige Wirtschaftslage

Die Aussichten für ein anhaltendes weltwirtschaftliches Wachstum und eine allmählich ausgeglichene Entwicklung der Handels- und Leistungsbilanzen zwischen den Industrieländern sind nach Einschätzung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg jetzt günstiger als zum Jahresende 1987. In der Bundesrepublik liege der Trend des wirtschaftlichen Wachstums für 1988 derzeit bei „mehr als zwei Prozent“, während die Regierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht noch von plus 1,5 bis 2,0 Prozent ausgegangen sei, erklärte Stoltenberg zur Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank.

Familien werden besonders entlastet

Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung hat die CDU-geführte Bundesregierung einen grundlegenden Wandel in der Familienpolitik herbeigeführt. Die Erhöhung des Kinderfreibetrages, der Ausbildungsfreibeträge und des Haushaltsfreibetrages, die Einführung eines Kindergeldzuschlags, des „Baukindergelds“, von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub — um nur die wichtigsten Maßnahmen zu nennen — stellen die größten Verbesserungen für die Familien dar, die es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat.

Von der dreistufigen Steuerreform 1986/1988/1990 profitieren insbesondere die Familien. Tarifsenkung und Anhebung des Kinderfreibetrages bewirken zusammen, daß auf die Familien rund die Hälfte des gesamten Entlastungsvolumens entfällt, obwohl sie nur ein Drittel aller Steuerpflichtigen stellen.

Das deutsche Steuersystem wird durch die dreistufige Steuerreform familienfreundlicher. Bei gleichem Einkommen zahlen Steuerpflichtige mit Kindern erheblich weniger Steuern als kinderlose Steuerpflichtige. Dies wird durch einen Vergleich der Lohnsteuerbelastung 1990 gegenüber 1985 (vor der Reform) deutlich.

Das Beispiel eines Durchschnittsverdieners mit einem Bruttojahresverdienst von heute rund 40.000 DM zeigt, daß ein kinderloses Ehepaar um 1.276 DM, dies sind 24,7 % entlastet wird. Ein Ehepaar mit zwei Kindern bezahlt ab 1990 pro Jahr 2.230 DM oder 46,0 % weniger Steuern, bei einer Familie mit vier Kindern beträgt die Entlastung sogar 3.104 DM (dies sind 68,8 %).

Die Entlastung für Familien wirkt sich um so stärker aus, je kleiner das Einkommen und je höher die Kinderzahl ist. Dies wird auch besonders durch die Anhebung des steuerfrei bleibenden Teils des Einkommens deutlich.

So bleibt zum Beispiel bei einer Familie mit zwei Kindern ab 1990 ein Einkommen bis zu 23.644 DM lohnsteuerfrei. Das sind fast 10.000 DM mehr als 1985. Nach dem alten Steuerrecht (1985) hätten bei einem Einkommen in dieser Höhe noch 1.758 DM Jahreslohnsteuer gezahlt werden müssen. Diese Familie wird durch die Steuerreform also um 100 % entlastet.

Bei einer Familie mit vier Kindern beginnt die Steuerpflicht ab 1990 erst bei 31.055 DM. 1985 waren es noch 15.036 DM. Nach dem alten Steuerrecht hätte bei einem Einkommen, das 1990 steuerfrei bleibt, noch eine Steuer von 2.900 DM gezahlt werden müssen. Auch diese Familie wird durch die Steuerreform um 100 % entlastet.

Damit ist für die Familien das Ärgernis beseitigt, daß die Steuer schon unterhalb des Sozialhilfeniveaus einsetzt, der Einkommenslose also steuerfreie Sozialhilfe bekommt, während die Familie auf ein Arbeitseinkommen in gleicher Höhe Steuern zahlen muß.

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß die Familien entscheidend durch die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung, die wesentlich zum Wirtschaftswachstum und zur Eindämmung der Inflation beigetragen hat, entlastet wurden. Stabile Preise sichern vor allem auch die Kaufkraft der Familien.

Die Steuerreform hilft Arbeitslosen

Die für 1990 geplante und jetzt im Kabinett verabschiedete Steuerreform stellt einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit dar.

Diese Ansicht vertritt Prof. Dieter Pohmer, einer der „Fünf Weisen“ des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Durch die Steuerreform werden „Leistungsanreize für technischen Fortschritt und mehr Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze“ gegeben — so Prof. Pohmer. Diese Leistungsanreize bestehen derzeit durch die starke Progression der Besteuerung und die überhöhten Spitzensteuersätze in Deutschland nicht mehr. Die Folge davon ist, daß ein Großteil der Produktion ins Ausland abwandert.

Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler nennt die Kritik der SPD an der Steuerreform der Bundesregierung „Apelle an den sozialen Neid“. Wer im Monat 20 Mark Steuern zahle, könne auch nicht um mehr als 20 Mark entlastet werden.

Arbeitsmarkt: Tendenz zum Besseren

Die Arbeitslosigkeit ist im März 1988 deutlich zurückgegangen, obwohl es zwei belastende Entwicklungen gab. Zum einen hat der in diesem Jahr späte Winterereinbruch Ende Februar/Anfang März Außenarbeiten stark beeinträchtigt. Es gab also im März mehr Entlassungen, als es sonst in diesem Monat üblich ist. Zum anderen wirkte sich die Terminlage der Osterfeiertage ungünstig aus. Zum Monatsende grundsätzlich möglich gewesene Neueinstellungen sind von vielen Arbeitgebern auf die Zeit nach Ostern verlegt worden.

Die im Februar 1988 im Vergleich zum

Vorjahr erfreulich angewachsene Zahl der Erwerbstätigen und der erhöhte Stand der offenen Stellen sind nach wie vor als Hoffnungssignal zu betrachten, daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten kräftig zurückgehen wird. Für viele Arbeitslose ergibt sich damit eine Chance auf Wiedereingliederung in den Erwerbsprozeß.

114.000 Erwerbstätige mehr als vor einem Jahr

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes waren im Monatsdurchschnitt des Januar 1988 25.900 Mio. Personen (abhängig Beschäftigte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige) erwerbstätig. Gegenüber Januar 1987 bedeutet dies eine um 107.000 oder 0,4 Prozent höhere Erwerbstätigenzahl.

Wie erste vorläufige Schätzungen für den Monat Februar 1988 zeigen, hat sich der Beschäftigungsanstieg mit wieder zunehmender Tendenz fortgesetzt. Danach waren im Februar 1988 25,8 Mio. Personen erwerbstätig, 114.000 oder 0,4 Prozent mehr als im Februar 1987.

Damit blieb die insgesamt leicht positive Grundtendenz der Erwerbstätigenentwicklung der letzten Monate weiter erhalten. Insbesondere die saisonbereinigten Daten zeigen seit Ende 1987 wieder stärkere Zunahmen.

Zitat

„Oskar Lafontaine, diese Mischung aus Rosa Luxemburg und Radio Luxemburg.“

(Matthias Beltz, Kabarettist)

Bundesforschungsbericht 1988:

Bilanz und neue Akzente der Forschungs- und Technologiepolitik

Der Bundesforschungsbericht 1988 stellt die Ergebnisse und Perspektiven der Forschungs- und Technologiepolitik dar. Der Bundesforschungsbericht wird alle vier Jahre von der Bundesregierung vorgelegt.

Grundlagenforschung

Die Förderung der Grundlagenforschung hat im Haushalt des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) ein deutlich stärkeres Gewicht erhalten. Ihr Anteil stieg von rd. 28 % zu Beginn der 80er Jahre auf rd. 37 % im Jahre 1987.

Für die nächsten Jahre sieht die Bundesregierung eine vorrangige Aufgabe darin, auf Zeit angelegte, programmorientierte Grundlagenforschung noch besser mit der freien, grundfinanzierten Forschung zu verzahnen, damit Synergie- und Anstoßeffekte für beide Seiten wirksam werden.

Vorsorgeforschung

Mit Forschung und Technologie verknüpfte Themen beherrschen die **Zukunftsdiskussion**: Ökologische Risiken und denkbare Klimaveränderungen, Chancen in Gentechnologie und Medizin ebenso wie damit aufgeworfene Fragen der Ethik, Chancen für Arbeitsplätze und für die zukünftige Energiesicherung, Fragen der Sicherheit insbesondere großer und komplexer technischer Systeme sowie Forschung zu allen diesen Fragen im Sinne von Technikfolgenabschätzung sind die wichtigsten Stichworte.

Die Bundesregierung hat daher die Vorsorgeforschung zu einem zweiten Schwer-

punkt ihrer Forschungsförderung gemacht. Allein die Mittel für Gesundheitsforschung, ökologische Forschung, Umwelttechnik und Klimaforschung liegen im BMFT-Haushalt 1988 um rd. 300 Mio. DM oder rd. 75 % höher als im Jahre 1982.

Schlüsseltechnologien

Die bekanntesten, seit Ende der 70er Jahre weltweit immer mehr in den Vordergrund tretenden Schlüsseltechnologien, vor allem die Informationstechnik, die moderne Biologie und die neuen Materialtechnologien, haben in der Dynamik ihrer Weiterentwicklung noch zugenommen. Die von ihnen ausgehenden Innovationen wirken zunehmend strukturell, nämlich quer durch eine Vielzahl von Sektoren. Zugleich zeigt sich in der Anwendung dieser Technologien die Tendenz zu einer wissensintensiven statt einer material- und energieintensiven Produktion.

Die Bundesregierung hat die Förderung marktorientierter Technologien auf die Informationstechnik, die Materialforschung, die Biotechnologie, die Airbus-Entwicklung sowie auf ausgewählte physikalische Technologien (u. a. Laser- und in Zukunft verstärkt Supraleitungstechnik) konzentriert.

Im BMFT-Haushalt — also ohne die vom Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) geförderte Airbus-Entwicklung — wurden die Mittel für die genannten Bereiche 1987 gegenüber 1982 um 35 % erhöht. Darüber hinaus wurde die Förderung methodisch und inhaltlich so ange-

legt, daß sie zunehmend grundlagenorientiert ansetzt und zu einem Verbund von Wissenschaft und Wirtschaft führt. Rund 60 % der Projektmittel des BMFT bei marktorientierten Technologien entfallen bereits auf die Verbundforschung. Erfreulich angestiegen ist die Eigeninitiative der Wirtschaft zur Kooperation mit der Wissenschaft: Die Hochschulen erhielten von ihr im Jahre 1987 mit 450 Mio. DM mehr als doppelt soviel Drittmittel wie im Jahre 1982.

Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen bleibt ein Schwerpunkt

Die Innovationskraft des Mittelstandes erweist sich immer mehr als wichtiger Faktor für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Die Bundesregierung hat daher in den vergangenen Jahren mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe die mittelständische Wirtschaft durch befristete Maßnahmen im Forschungs- und Entwicklungsbereich (FuE-Bereich) nachhaltig unterstützt. Allein die indirekten und indirekt-spezifischen Maßnahmen des BMFT, die vor allem diesen Unternehmen zugute kommen, stiegen von rd. 116 Mio. im Jahre 1982 auf knapp 300 Mio. DM im Jahre 1987. Nimmt man die Maßnahmen von BMWi und BMFT zusammen, so erreicht die Forschungsförderung für den Mittelstand 1987 rd. 780 Mio. DM.

Auch wenn im Zuge der Steuerreform, die ihrerseits die Rahmenbedingungen für Innovationen erheblich verbessert, einige von vornherein zeitlich befristete Förderprogramme auslaufen (vor allem das Personalkostenzuschußprogramm des BMWi sowie die Forschungspersonal-Zuwachsförderung des BMFT), so wird die mittelstandsbezogene FuE-Förderung dennoch ein Schwerpunkt der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung bleiben.

Geprüft bzw. vorbereitet werden derzeit u. a. folgende Maßnahmen:

- Fortführung der Maßnahme „Forschungsk Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaft“;
- Ausbau der industriellen Gemeinschaftsforschung;
- verbesserte Technologieberatung und größere Benutzerfreundlichkeit von Datenbanken;
- Förderung des Technologie-Transfers auch für das Handwerk;
- Verwaltungsvereinfachungen, um den Zugang zur Projektförderung zu erleichtern.

Intensivierung der internationalen Kooperation in Forschung und Entwicklung

Eine der augenfälligsten Entwicklungen der letzten Jahre ist die Zunahme der internationalen Kooperation in Forschung und Entwicklung, und zwar sowohl auf der staatlichen Ebene als auch der Unternehmen untereinander sowie zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

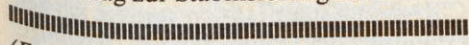
Als Beitrag zur weiteren Integration setzt sich die Bundesregierung insbesondere für die stärkere Forschungszusammenarbeit in Europa ein. Wichtige Meilensteine sind:

- die Umsetzung der französisch-deutschen EUREKA-Idee zu einem großen Erfolg der FuE-Kooperation auf der Unternehmensebene mit einer kaum für möglich gehaltenen Breitenwirkung (Gesamtvolumen der begonnenen Projekte ca. 9 Mrd. DM);
- das neue FuE-Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft (EG), für dessen Erfolg die Bundesregierung sich im Rahmen der deutschen Präsidentschaft besonders einsetzt;
- der deutsche Vorstoß für eine frühzei-

Nur Pflichtpfand hält Müll-Lawine auf

Dem seit Jahrzehnten bewährten Mehrwegsystem im Getränkebereich, das sich vor allem durch seine Umweltfreundlichkeit auszeichnet, drohen ernstzunehmende Gefahren: Einwegflaschen aus Kunststoff ausländischer Herkunft drängen immer mehr auf den deutschen Markt, und marktführende Unternehmen der deutschen Getränkeindustrie planen, demnächst mit eigenen Einwegflaschen aus Kunststoff ohne Rücksicht auf die daraus entstehenden Entsorgungsprobleme den Trend zur Weg-Werf-Verpackung bei Getränken noch zu beschleunigen.

Angesichts dieser Entwicklung ist der Verordnungsentwurf von Bundesumweltminister Klaus Töpfer mit konkreten Rücknahme- und Pfandregelungen für Kunststoff-Flaschen ein wirksames Mittel zur Abfallvermeidung und der Durchsetzung des Vorsorgeprinzips im Umweltschutz. Dies umso mehr, als die beteiligten Wirtschaftskreise nach wie vor keine Bereitschaft erkennen lassen, durch freiwillige Vereinbarungen einen konstruktiven Beitrag zur Stabilisierung des Mehr-



(Fortsetzung von der vorigen Seite)

tige und gemeinsame entwicklungsbegleitende Normung;

- die Entscheidungen der Bundesregierung zur finanziellen Beteiligung an dem neuen Hochenergiebeschleuniger LEP bei CERN sowie an der europäischen Synchrotronstrahlungsquelle mit einem deutschen Investitionsanteil von zusammen rd. 1,1 Mrd. DM; und nicht zuletzt
- die mit Unterstützung der Bundesregierung getroffenen weitreichenden Grundsatbschlüsse zum Aufbau einer eigenständigen europäischen Weltraumfahrt.

wegesystems zu leisten, stellt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Umwelt“ der CDU, Kurt-Dieter Grill, MdL, fest.

Erfahrungen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, in denen der Anteil von Einweg-Verpackungen bereits rund 30 Prozent beträgt, zeigen, daß der überwiegende Teil der Kunststoff-Flaschen als Abfall entsorgt werden muß. Während Hersteller und Handel den ökonomischen Nutzen der Einwegverpackungen davortragen, werden Städte und Gemeinden von einer neuen Müll-Lawine überrollt. Mit anderen Worten: Die wirtschaftlichen Vorteile werden privatisiert, die Entsorgungskosten sozialisiert. Ungeachtet dessen gerieten auch die zumeist glasfixierten mittelständischen Abfüllbetriebe in starke Bedrängnis.

Demgegenüber setzt sich die CDU dafür ein, daß auch in der Abfallpolitik das Verursacher- und Vorsorgeprinzip konsequent durchgesetzt wird. Sie unterstützt Bundesumweltminister Klaus Töpfer bei seinen Bemühungen, durch die Einführung einer Pfandregelung für Kunststoff-Flaschen die Glaubwürdigkeit in der Abfallpolitik, die in starkem Maße von einer wirksamen Mengenrückführung abhängt, zu stärken.

Die Wirtschaft ist jetzt aufgerufen, Getränkeverpackungen aus Kunststoff zu entwickeln, die sich entweder für das Mehrwegesystem eignen oder einer ökologisch sinnvollen Verwertung zugeführt werden können. Ziel der geplanten Pfandregelung für Kunststoff-Flaschen ist nämlich auch, einen deutlichen Innovationsschub auf dem Feld der Abfallvermeidung auszulösen.

Thema Vereinsbesteuerung:

Das Gutachten ist kein Gesetz

Zu den in diesen Tagen vorgelegten Gutachten der von der Bundesregierung eingesetzten unabhängigen Kommission zur Prüfung des Gemeinnützigkeitsrechts erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sport der CDU, Ferdi Tillmann:

Die von der Bundesregierung 1985 eingesetzte unabhängige Kommission zur Prüfung des Gemeinnützigkeitsrechts hat ihr Gutachten vorgelegt. Wie nach Äußerungen aus der Kommission in den letzten Monaten zu befürchten war, wird die Arbeit der Vereine als nicht gemeinnützig bewertet. Vereinsarbeit — gleich ob sportlich oder musisch-kulturell — ist in den Augen der Gutachter „Freizeitvergnügen“ der Bürger und damit nicht steuerlich förderungswürdig. Ohne auf Einzelheiten des über 300 Seiten umfassenden Gutachtens eingehen zu können, erkläre ich folgendes:

- Das Gutachten ist kein Gesetz. Es kann allenfalls eine Entscheidungshilfe sein. Gesetze werden nur im Parlament beschlossen.
- Der Bundeskanzler hat mit seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987 zugesagt, bestehende Benachteiligungen der ehrenamtlich Tätigen zu beseitigen.

● Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, hat sich aufgrund der Beschlüsse des Bundesfachausschusses Sport sowohl beim Bundesfinanzminister als auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine steuerliche Vereinfachung und Erleichterung der Vereinsarbeit für kleine und mittlere Vereine nachdrücklich eingesetzt.

● Die Sportpolitiker der Union und die Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehen zu ihren Forderungen, daß die wichtige gesellschaftspolitische Arbeit der Vereine auch im Steuerrecht ihren Niederschlag finden muß. Sie werden über entsprechende Anträge dafür sorgen, daß mit dem Inkrafttreten der Steuerreform Beschlüsse zugunsten der Vereine realisiert werden. Hierzu gibt es bereits eine Zusage des Bundesfinanzministers.

Ich wiederhole: Bundesgesetze werden nur im Deutschen Bundestag beschlossen. Mit meinen Kollegen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertrete ich den Grundsatz der Union, daß der freiwillige Einsatz der Bürger ein wesentlicher Beitrag zur Festigung unserer freiheitlichen Demokratie ist.

Junge Union veranstaltet Kundgebung zum 17. Juni

Am 17. Juni 1988 jährt sich zum 35. Mal der Tag des Volksaufstandes in der DDR. Der Aufstand scheiterte. Uns aber ist dieser Tag Mahnung und Verpflichtung, unsere Forderung nach Menschenrechten für alle Deutschen zu bekräftigen. Deshalb lädt die Junge Union Deutschlands zu einer großen Kundgebung am 17. Juni in Berlin herzlich ein. Unter dem Motto „Menschenrechte für alle Deutschen“ wird an die Ereignisse im Juni 1953 erinnert werden.

17. Juni 1988 – Auf nach Berlin!

Die CDU-Fachausschüsse

Als Beratungsgremien, in denen der „Sachverstand der Partei gebündelt ist“, bezeichnete Generalsekretär Heiner Geißler die Bundesfachausschüsse der CDU. In einem Gespräch mit den neugewählten Ausschußvorsitzenden beschrieb er die Bedeutung der Bundesfachausschüsse:

- Sie verdeutlichen durch ihre programmatische Arbeit das Profil der Partei.
- Sie stellen die politischen Ziele der CDU gegenüber wichtigen Zielgruppen dar und erläutern sie. Ihre Kontaktpflege zu Verbänden, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen ist unverzichtbar.
- Sie stützen die Arbeit der Bundesregierung argumentativ.

Und das sind die neuen Bundesfachausschüsse (BFA), in Klammern die Vorsitzenden:

- BFA Gesundheitspolitik (Albrecht Hasinger)
- BFA Sozialpolitik (Hermann-Josef Arentz)
- BFA Kulturpolitik (Peter Bendixen)

- BFA Innenpolitik (Wilhelm A. Kewenig)
- BFA Sport (Ferdinand Tillmann)
- BFA Jugendpolitik (Ruth Hieronymi)
- BFA Entwicklungspolitik (Werner Schreiber)
- BFA Europapolitik (Bernhard Sälzer)
- BFA Sicherheitspolitik (Markus Berger)
- BFA Deutschlandpolitik (Ottofried Hennig)
- BFA Außenpolitik (Volker Rühle)
- BFA Wirtschaftspolitik (Christa Thoben)
- BFA Forschung und Technologie (Christian Lenzer)
- BFA Städte- und Wohnungsbau (Franz Möller)
- BFA Verkehrspolitik (Dirk Fischer)
- BFA Energie (Ludwig Gerstein)
- BFA Umweltpolitik (Kurt-Dieter Grill)
- BFA Agrarpolitik (Richard Bayha)
- BFA Frauenpolitik (Maria Herr-Beck)
- BFA Familienpolitik (Rita Waschbüsch)
- BFA Medienpolitik (Dieter Weirich)

Positive Bilanz in der Entwicklungspolitik

Der 7. Entwicklungspolitische Bericht ist eine positive Bilanz der Bundesregierung und ihrer Bemühungen, die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in den Entwicklungsländern zu verbessern, erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Werner Schreiber.

Der Bundesfachausschuß unterstützt die Pläne der Regierung zu mehr Schuldenerleichterungen für die Entwicklungsländer, insbesondere die Absicht, den ärmeren Ländern die Schulden zu erlassen. Er sieht in der geplanten Verbesserung der

Kreditkonditionen für Entwicklungsländer einen wesentlichen Beitrag dazu, daß sich die Verschuldung nicht verschärft.

Der Bundesfachausschuß begrüßt es, daß die Rückflüsse aus der Kapitalhilfe schrittweise für neue entwicklungspolitische Maßnahmen eingesetzt werden sollen. Er fordert die Regierung auf, Selbsthilfeprojekte und private Initiativen noch stärker als bisher zu fördern.

(Siehe auch Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe).

Die Kanzlermedaille



Abbildung der Vorder- und Rückseite leicht vergrößert

Zur Ehrung von Jubilaren, als Dank an verdiente Mitglieder und als repräsentatives Geschenk der CDU-Verbände für viele denkbare Anlässe, u. a. 40 Jahre CDU, gibt es die Bronzemedaille mit den Portraits der Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

Mit dieser Bronzeausführung der auch in Feinsilber aufgelegten Medaille wird einem oft geäußerten Wunsch der Parteilgliederungen nach einer preiswerten Geschenk- und Auszeichnungsmedaille entsprochen.

Die Kanzlermedaille in Bronze ist geprägt aus 3 mm starkem Messingrohling, handpatiniert und anlaufgeschützt. Ihr Durchmesser beträgt 50 mm, das Gewicht ca. 43 Gramm.

In dem repräsentativen blauen Etui mit

paßgenauer Einlage für die Medaille ist im Deckelkissen der Text „Als Dank und Anerkennung, Ihre CDU“ eingedruckt. Dieser Satz läßt somit eine Vielzahl von Verwendungsmöglichkeiten zu.

Der Einzelpreis beträgt 19,80 DM (einschließlich Etui und 14 Prozent Mehrwertsteuer) zuzüglich Versandkosten (bei Einzelversand 3,50 DM). Rabatte für größere Stückzahlen können bei der nachstehenden Bestelladresse angefragt werden.

Die Bestellungen können direkt aufgegeben werden bei

Bonner Werbe-GmbH
Abteilung Vertrieb
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 5 44-2 29

Neu im Angebot:

Das aktuelle CDU extra Reformen für eine gute Zukunft

Das neue CDU extra informiert auf acht farbigen Seiten über Steuerreform, Gesundheitsreform und Postreform. Die CDU hält Wort. Außerdem finden Sie Beiträge zur erfolgreichen Europapolitik Helmut Kohls, zum Umweltschutz, zur programmatischen Diskussion im Vorfeld des nächsten Bundesparteitages. Die Aufgaben und Ziele der neugegründeten Senioren-Union werden dargestellt. Man kann eine Reise nach Bonn gewinnen. Es gibt Tips für die Reisekasse, denn die stabile Mark fördert die Reiselust der Deutschen. Das neue CDU extra ist ein interessantes Massenverteilmittel, interessant auch durch den attraktiven Preis: 10 Pfennig pro Exemplar.

Bestell-Nr.: 2065
Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,- DM + MwSt.



Friseurin Gaby benutzt kein Spray mehr mit gefährlichem Treibgas.

Umwelt:
Schöne Haare
auch ohne
Treibgas



Hoch das Bein: Immer mehr in Mode kommt der Aktiv-Urlaub.

Urlaub:
Stabile DM
fördert
Reiselust



Nachrichten

- **Helmut Kohl: Abtötung geht jetzt weiter**
Für eine Fortsetzung der Abtötung hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl ausgesprochen. Er komme in den USA Übereinstimmung erzielen, daß der Abbau der Mittelstreckenraketen erst der Anfang von immer weniger Waffen ist. (Seite 2)
- **Frauen-Union schützt das Leben**
Für den Schutz des ungeborenen Lebens setzt sich die Frauen-Union der CDU verstärkt ein. Mit Rita Süssmuth an der Spitze hat die Frauen-Union zu einer bundesweiten Kampagne aufgerufen. (Seite 7)
- **Deutschland auf dem Parteitag**
Ihren Ruf als Reformpartei wird die CDU auf ihrem Wiesbadener Parteitag im kommenden Juni erneut bestätigen. Davon ist CDU-Generalsekretär Heiner Geißler überzeugt. Bei der Diskussion der Delegierten geht es um Außen- und Deutschlandpolitik sowie um das „christliche Menschenbild“. (Seite 8)

Wir beseitigen Schritt für Schritt die SPD-Hypothesen

Reformen für eine gute Zukunft

● **Steuer-Reform** ● **Gesundheits-Reform** ● **Post-Reform**

Die CDU hält Wort: Als sie die Regierungsverantwortung übernahm, versprach sie Reformen, damit unser Land wieder eine Zukunft hat. Zu schwer lasteten — und lasten noch immer — die Veräumnisse der SPD auf uns allen. Viele Probleme sind inzwischen angepackt und gelöst, weitere sind in Angriff genommen worden. Das ist für alle Be-

teiligten nicht immer ganz einfach. Denn es gibt — auch das eine Folge des SPD-Anspruchsdenkens — zuviel Egoismus. Aber nur die CDU als einzige Reformpartei der Bundesrepublik hat die Kraft, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Wir informieren über Steuerreform, Gesundheitsreform und Postreform.



Frühling in Europa

Europa kommt voran. Zwar war die Entscheidung während des Gipfels in Brüssel schwierig, aber dank der staatsmännischen Verhandlungskunst von Bundeskanzler Helmut Kohl kam es schließlich doch zu einer Einigung in Fragen der Agrarwirtschaft. Schwere Steine auf dem Weg zur europäischen Union sind während der deutschen Präsidentschaft aus dem Weg geräumt worden. Es ist jetzt Frühling in Europa. (S. 2)

Bestellungen über das
IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

In einer Gesamtauflage von einer Million Exemplaren ist in diesen Tagen der Fußball-Europameisterschafts-Kalender der CDU an die Landes- und Kreisverbände ausgeliefert worden. Er soll von aktiven CDU-Mitgliedern an sportlich-interessierte Bürger verteilt werden. Insbesondere werden auch rund 3.000 Fußballvereine, die bereits vor vier Jahren begeisterte Abnehmer des Kalenders waren, von der CDU beliefert. Eingehend vorgestellt wurde der Fußball-Kalender bereits in UiD 10/88.

Bestell-Nr. : 2000

**Mindestabnahme:
500 Exemplare**

Preis pro

Mindestabnahme: 45,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold



UID

11/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.